

Legal Update

AUSSICHTEN AUF ENTSCHÄDIGUNG FÜR UNTERNEHMEN, DIE VOM KRIEG IN DER UKRAINE BETROFFEN SIND

Die von der Russischen Föderation in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen sind seit dem Zweiten Weltkrieg beispiellos. Täglich werden Dutzende von Zivilisten durch Beschuss getötet, die ukrainische Infrastruktur zerstört und das bewegliche und unbewegliche Eigentum natürlicher und juristischer Personen vernichtet.

Ziel der Analyse ist es, die Probleme bei der Verbuchung von Verlusten von Unternehmen und die Möglichkeit, einen Ausgleich für die entstandenen Verluste zu erhalten, zu untersuchen.

BEWERTUNG DER VERLUSTE

Die Verluste der Unternehmen können nach den folgenden Merkmalen klassifiziert werden:

- zerstörtes oder beschädigtes Eigentum;
- entgangene Gewinne aufgrund der Unmöglichkeit oder Behinderung der Ausübung der Geschäftstätigkeit;
- Verluste aus unbezahlten Waren, Arbeiten und Dienstleistungen, die in den vorübergehend besetzten Gebieten bereitgestellt und verbraucht werden.

Mit dem Beschluss des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 326 vom 20. März 2022 wurde das Verfahren zur Feststellung von Schäden und Verlusten, die der Ukraine durch die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation entstanden sind, gebilligt. Seit dem 19. Februar 2014 ist die Ukraine einer bewaffneten Aggression durch die Russische Föderation ausgesetzt.

Absatz 2 Unterabsatz 18 der Entschließung Nr. 326 des Ministerkabinetts der Ukraine sieht vor, dass die Feststellung von Schäden und Verlusten in folgenden Bereichen getrennt erfolgt: wirtschaftliche Verluste von Unternehmen (mit Ausnahme von Unternehmen der Verteidigungsindustrie), einschließlich wirtschaftlicher

Einheiten - dieser Bereich umfasst Verluste von Unternehmen aller Eigentumsformen infolge der Zerstörung oder Beschädigung ihres Eigentums, Verluste von Finanzvermögen sowie entgangene Gewinne infolge der Unfähigkeit oder Behinderung, ihre Geschäftstätigkeit auszuüben.

Gemäß der Resolution Nr. 326 des Ministerkabinetts der Ukraine sind die Hauptindikatoren für die Bewertung folgende:

- Wert des verlorenen, zerstörten oder beschädigten Eigentums staatlicher Unternehmen, einschließlich Unternehmen, an denen der Staat 50 % oder mehr der Anteile (Aktien, Einheiten) hält;
- Wert des verlorenen, zerstörten oder beschädigten Eigentums nichtstaatlicher Unternehmen;
- Wert der verlorenen finanziellen Aktiva der staatlichen Unternehmen, einschließlich der Unternehmen, an denen der Staat 50 % oder mehr der Anteile (Aktien, Einheiten) hält;
- Wert der entgangenen finanziellen Vermögenswerte nichtstaatlicher Unternehmen; entgangene Gewinne staatlicher Unternehmen, einschließlich Unternehmen, an denen der Staat 50 % oder mehr der Anteile (Aktien, Einheiten) hält;
- entgangene Gewinne von nichtstaatlichen Unternehmen;
- Verluste staatlicher Unternehmen, einschließlich Unternehmen, an denen der Staat 50 % oder mehr der Anteile (Aktien, Einheiten) hält, aus nicht bezahlten Gütern, Arbeiten und Dienstleistungen, die in den vorübergehend besetzten Gebieten erbracht und verbraucht wurden; Verluste nichtstaatlicher Unternehmen aus nicht bezahlten Gütern, Arbeiten und Dienstleistungen, die in den vorübergehend besetzten Gebieten erbracht und verbraucht wurden.

Die Bewertung der Verluste von Wirtschaftssubjekten erfolgt gemäß der Methodik, die durch die gemeinsame Verordnung des Wirtschaftsministeriums, des Staatlichen Vermögensfonds und des Ministeriums für Reintegration vom 18. Oktober 2022 Nr. 3904/1223 genehmigt wurde. Diese Methodik dient der Bewertung (Bestimmung der Höhe) der tatsächlichen Verluste, die Unternehmen, Institutionen und Organisationen sowie andere Wirtschaftssubjekte aller Eigentumsformen infolge des Verlustes, der Zerstörung oder der Beschädigung von Eigentum im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation erlitten haben. Diese Methodik bestimmt auch die Bewertung (Bestimmung des Umfangs) des entgangenen Gewinns, der durch die Unmöglichkeit oder Behinderung der Tätigkeit eines bestimmten Wirtschaftssubjekts entstanden ist, sowie die Bewertung des Bedarfs an der Wiederherstellung des Eigentums des Wirtschaftssubjekts.

Die folgenden Maßnahmen werden empfohlen, um Beweise für Schäden an einem Wirtschaftsgut zu sammeln:

1. Beschreibung der verlorenen, beschädigten oder zerstörten Güter (Beschreibungsdokument für diese Güter). Erstellen Sie eine Bilanz, aus der hervorgeht, dass die Gegenstände in der Bilanz des Unternehmens aufgeführt sind.
2. Überprüfen Sie das Vorhandensein der Eigentumsdokumente (technische Dokumentation der Immobilie, technischer BTI-Pass, Ausrüstung, Fahrzeugpass usw.).
3. Dokumentieren Sie die Tatsache der Beschädigung oder Zerstörung des Eigentums und nehmen Sie es in Empfang:
 - Ein von Vertretern der SES-Kommission unterzeichneter Brandbericht. In dem Bericht muss die Brandursache angegeben sein.
 - Auszug aus dem Einheitlichen Register vorgerichtlicher Ermittlungen über die Einleitung eines Strafverfahrens nach Artikel 438 (Verstoß gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges). Die Akte muss Fotos und Videos des beschädigten Eigentums und eine Beschreibung des Tatorts einschließlich der Ursachen des Schadens enthalten.
4. Bewertung der Schäden am Unternehmensvermögen und der wirtschaftlichen Verluste. Für die Durchführung der Bewertung ist es notwendig, einen Antrag auf Bewertung bei den lokalen und regionalen staatlichen (militärischen) Verwaltungen zu stellen oder eine unabhängige Bewertung durch eine Sachverständigenorganisation durchführen zu lassen.

5. Einleitung einer Sprengstoffuntersuchung zur Ermittlung der Sachdaten (Umstände), die für die

Identifizierung des gesamten Sprengkörpers oder seiner Fragmente, der Komponenten des Sprengkörpers, der Gruppenzugehörigkeit und der einzigen Quelle für die Umstände der Explosion relevant sind.

6. Stellen Sie sicher, dass Informationen über den Sachverhalt der Sachbeschädigung in das staatliche Register der infolge von Feindseligkeiten, Terror- und Sabotageakten als Folge militärischer Aggression durch die Russische Föderation beschädigten und zerstörten Güter eingetragen werden. Dazu müssen Sie sich an das Ministerium für Infrastruktur der Ukraine wenden und einen Antrag auf Informationen stellen.

MÖGLICHKEITEN DER ENTSCHEIDIGUNG VON KRIEGSSCHÄDEN IN DER UKRAINE

1. Investitionsschiedsverfahren

Investitionsschiedsverfahren dient der Beilegung von Streitigkeiten zwischen ausländischen Investoren und Staaten im Rahmen von bilateralen Investitionsabkommen. Der Vorteil besteht darin, dass Investoren ein Schiedsverfahren beantragen können, ohne die nationalen Gerichte anrufen zu müssen. Die Ukraine hatte seit 1999 ein Investitionsschutzabkommen mit Russland, das sie im Juni 2023 kündigte. Gemäß den Bestimmungen von Artikel 14 bleibt das Abkommen bis 2033 in Kraft (innerhalb von 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der Kündigung), so dass ein potenzieller Kläger unter diesen Umständen innerhalb eines begrenzten Zeitraums von der Möglichkeit eines Schiedsverfahrens Gebrauch machen kann.

Es gibt zwei Arten von Investitionsschiedsverfahren: 1) Institutionelle Schiedsverfahren (dauerhaft eingerichtet im Rahmen des Washingtoner Übereinkommens von 1965 über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten) und Ad-hoc-Schiedsverfahren (einberufen zur Beilegung einer bestimmten Streitigkeit gemäß der Schiedsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) vor dem Ständigen Schiedshof (Permanent Court of Arbitration, PCA) in Den Haag). Die meisten Abkommen sehen eine Frist zur gütlichen Beilegung der Streitigkeit vor dem Schiedsverfahren vor (3-6 Monate). Bei Investitionsschiedsverfahren dauert die Streitbeilegung 1,5 bis 3 Jahre und kann ca. 5 bis 7 Mio. USD (institutionelles Schiedsverfahren) bzw. 2 bis 3 Mio. USD (Ad-hoc-Schiedsverfahren) zuzüglich Anwaltskosten von 500 bis 600.000 USD kosten.

Bisher wurden Entscheidungen zugunsten von Krim-Unternehmen wie Naftogaz of Ukraine (5 Mrd. USD), Stabil and Rubenor LLC (34,6 Mio. USD) und Belbek Airport getroffen.

Internationaler Entschädigungsfonds unter der Schirmherrschaft des Europarates

Auf der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 16. April 2024 wurde die Resolution 2539 (2024) über die Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine (im Folgenden: die Resolution) verabschiedet.

Unter der Schirmherrschaft des Europarates wurde ein internationaler Entschädigungsfonds eingerichtet, um die von der Russischen Föderation im Zusammenhang mit ihrer Aggression gegen die Ukraine verursachten Schäden zu entschädigen. Dieser Fonds wird durch einen Mechanismus mit der Bezeichnung "Register der durch die russische Aggression gegen die Ukraine verursachten Schäden" (im Folgenden "RODU") mit Sitz in Den Haag verwaltet.

Das RODU sammelt und dokumentiert Ansprüche für kriegsbedingte Schäden. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Kategorien von Ansprüchen, die Verfahren für die Entgegennahme, Bearbeitung und Registrierung von Ansprüchen sowie die Anforderungen an Nachweise festzulegen. Das RODU wird von einem Exekutivdirektor und einem Verwaltungsrat geleitet, der die Regeln genehmigt und die Tätigkeiten des Registers regelt.

Das RODU ist der erste Schritt zur Schaffung eines internationalen Entschädigungsmechanismus, der sowohl eine Schadensregulierungskommission als auch einen Entschädigungsfonds zur Auszahlung von Entschädigungen an die Betroffenen umfassen wird. Dieser Mechanismus wird einen strukturierten Weg zur Bewertung und Entschädigung der Schäden bieten, die verschiedenen Parteien durch die illegale Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation entstanden sind. Da es sich bei dem bereits eingerichteten Verlustregister um ein komplexes Verfahren zur Dokumentation von Schäden an ukrainischen Vermögenswerten zur Vorbereitung internationaler Ansprüche handelt, sollten die Länder, die russische Vermögenswerte eingefroren haben, diese in einen internationalen Entschädigungsfonds überführen. Es sollte eine internationale Kommission zur Überprüfung der in den Registern eingetragenen Entschädigungsansprüche eingerichtet werden, um sicherzustellen, dass die Ansprüche ordnungsgemäß bearbeitet werden.

Um eine Entschädigung über das Register der durch die russische Aggression gegen die Ukraine verursachten Schäden (RODU) zu beantragen, sollten Sie die folgenden Schritte befolgen:

1. Beschaffung der erforderlichen Dokumente und

Beweise: Es müssen alle Dokumente vorbereitet werden, die den Anspruch belegen, einschließlich Verträgen, Finanzberichten, Fotos, Videos, Zeugenaussagen und anderen Beweisen, die den Schaden bestätigen.

2. Ausfüllen des Antragsformulars: Füllen Sie das entsprechende Antragsformular aus, das Sie auf der offiziellen RODU-Website finden. Es sollte ausführliche Informationen über den Schaden und entsprechende Belege enthalten.

3. Einreichung eines Antrags: Sie müssen ein ausgefülltes Antragsformular und alle Belege bei RODU einreichen. Dies kann online über die offizielle RODU-Website oder per Post erfolgen.

4. Prüfung und Bearbeitung des Antrags: Nach Einreichung eines Antrags prüft RODU die eingereichten Unterlagen und Nachweise. Der Exekutivdirektor von RODU ist für die Prüfung und Weiterleitung der Anträge an den RODU-Vorstand zuständig.

5. Prüfung und Entscheidung: Der RODU-Ausschuss prüft Ihren Antrag und entscheidet, ob eine Entschädigung gewährt wird. Wird der Antrag genehmigt, wird die Entschädigung gemäß den festgelegten Regeln und Verfahren gezahlt.

Der Gesamtzeitraum für die Bearbeitung von Anträgen kann zwischen 1 und 2 Jahren ab dem Zeitpunkt der Einreichung der Unterlagen bis zur Auszahlung der Entschädigung betragen.

Rückforderung von Schadenersatz auf der Grundlage einer ukrainischen Gerichtsentscheidung

Einer der naheliegendsten Mechanismen für die Entschädigung von Schäden ist der Gang vor Gericht. Diese Methode zum Schutz eines verletzten Rechts steht sowohl juristischen als auch natürlichen Personen zur Verfügung.

Kurze Zusammenfassungen solcher Fälle:

- Gegenstand der Forderung: Ein Anspruch auf Erstattung von Geld in Höhe Ihrer Verluste.
- Bestätigung des Schadens: Die Höhe des Schadens kann durch ein Sachverständigengutachten über den Wert des zerstörten Eigentums bestätigt werden.
- Beklagter: Die Russische Föderation, vertreten durch das Justizministerium der Russischen Föderation.
- Einreichung von Klagen: Juristische Personen reichen Klagen beim Handelsgesetzgericht ein, Privatpersonen bei den örtlichen Bezirksgerichten.
- Gerichtsgebühr: In dieser Kategorie von Fällen wird keine Gerichtsgebühr erhoben.
- Dauer der Prüfung: Die Gesamtdauer eines Verfahrens beträgt im Durchschnitt 3-6 Monate.

Das Register der Gerichtsentscheidungen enthält zahlreiche Entscheidungen zugunsten der Opfer, und ihre Zahl nimmt ständig zu.

Ein ukrainisches Gerichtsurteil kann durch Beschlagnahme russischen Vermögens in der Ukraine vollstreckt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, bei ausländischen Gerichten die Anerkennung und Vollstreckung einer Gerichtsentscheidung im Vollstreckungsland zu beantragen. Damit ein ukrainisches Gerichtsurteil im Ausland erfolgreich vollstreckt werden kann, müssen alle verfahrensrechtlichen Aspekte genau beachtet werden, wie z.B. die Benachrichtigung der Russischen Föderation über das Verfahren, die Übersendung einer Kopie der Klageschrift mit Anlagen an den Beklagten etc. Dies ist wichtig, da das ausländische Gericht den Fall nicht noch einmal prüft, sondern nur kontrolliert, ob die Verfahrensrechte des Beklagten eingehalten wurden. Diese Prozedur dauert nicht länger als einige Monate und erfordert kein zweites Gerichtsverfahren.

Dieser Erstattungsmechanismus ist einer der am häufigsten genutzten, da die Ukraine bilaterale internationale Übereinkommen über die Vollstreckung ausländischer Gerichtsurteile in ihrem Hoheitsgebiet ratifiziert hat und sich auf die Gegenseitigkeit in anderen Ländern verlassen kann.

Gesetzesentwurf Nr. 7385 vom 17. Mai 2022

Der Gesetzentwurf "Über die Entschädigung von Opfern der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation" sieht die Möglichkeit der Entschädigung von Schäden vor, die den Wirtschaftsunternehmen verursacht wurden.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Entschädigung für Schäden am Vermögen einer juristischen Person oder eines Einzelunternehmers, die durch eine bewaffnete Aggression der Russischen Föderation entstanden sind, auf der Grundlage eines Antrags auf Entschädigung für Schäden am Vermögen einer juristischen Person oder eines Einzelunternehmers (im Folgenden "Antrag auf Entschädigung für Schäden am Vermögen einer juristischen Person oder eines Einzelunternehmers") erfolgt, der von der betroffenen Person oder ihrem gesetzlichen oder bevollmächtigten Vertreter beim

Fonds zur Entschädigung von Opfern einer bewaffneten Aggression der Russischen Föderation eingereicht wurde. Der Gesetzentwurf wurde jedoch noch nicht verabschiedet. Der Gesetzentwurf "Über die Entschädigung der Opfer der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation" wurde seit 2022 nicht mehr verabschiedet, da die Finanzierungsquellen unklar sind. Da die Welt, insbesondere Europa, ab 2024 begonnen hat, Entscheidungen über die Einbeziehung beschlagnahmter russischer Vermögenswerte in den Wiederaufbau der Ukraine zu treffen, arbeiten die Ausschüsse der Werchowna Rada unter Berücksichtigung der internationalen Praxis aktiv an diesem Projekt.

SCHLUSSFOLGERUNG

Der Artikel beleuchtet die Mechanismen, mit denen Unternehmen, die vom Krieg in der Ukraine betroffen sind, eine Entschädigung erhalten können, und vermittelt ein klares Verständnis der verfügbaren Entschädigungsmöglichkeiten. Zu den wichtigsten Mechanismen gehören die Anrufung eines nationalen Gerichts, Investitionsschiedsverfahren und andere internationale Entschädigungsfonds. Jeder dieser Wege hat seine eigenen Besonderheiten und Anforderungen und erfordert eine sorgfältige Vorbereitung und Vorlage der erforderlichen Dokumente und Beweise.

Erwähnenswert sind auch Gesetzesinitiativen wie der Gesetzentwurf Nr. 7385, der Entschädigungsmechanismen für betroffene Personen und Unternehmen vorsieht. Obwohl dieser Gesetzentwurf noch nicht verabschiedet wurde, spiegelt er die wachsende Aufmerksamkeit für das Thema Entschädigung wider und stellt einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar.

Die Vielfalt der verfügbaren Entschädigungsmechanismen zeigt, dass beim Schutz der Rechte betroffener Personen und Unternehmen erhebliche Fortschritte erzielt wurden. Die Anwendung nationaler und internationaler Rechtsinstrumente sowie die Unterstützung durch den Staat und internationale Organisationen bieten wirksame Möglichkeiten zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit und zur Wiedergutmachung der durch die russische Aggression verursachten Schäden.



ANDRIJ FEDCHUN,
ASSOCIATE, SCHNEIDER GROUP TOV

